

75 JAHRE FÜR UNSERE GEMEINDEN



Verband sozialdemokratischer
GemeindevertreterInnen in NÖ

NÖ
GVV

75 JAHRE FÜR UNSERE GEMEINDEN



75 Jahre Verband sozialdemokratischer
GemeindevertreterInnen in Niederösterreich

Impressum

Herausgeber: NÖ GVV, Europaplatz 5, 3100 St. Pölten • Fotos: NÖ GVV-Archiv, SPÖ NÖ, Werner Jäger, www.fotoplutsch.at
Gestaltung: FRIEDL UND SCHMATZ • Druck: Druckwerkstatt Handels GmbH.

WIR BEWEGEN NIEDERÖSTERREICH

„Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.“ Dieser schlichte und zugleich starke Satz aus dem Gemeindegesetz von 1849 wird am 11. Oktober 1947 bei der Gründung der Interessensvertretung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Niederösterreich als Grundlage seiner künftigen Arbeit definiert.



**Präs. Bgm.
Rupert Dworak**

Gemeinde ist dort, wo man aufwächst, wo man lebt, die Menschen kennt und wo man bis ins hohe Alter zu Hause ist. Gemeinde ist Heimat im engsten und besten Sinne des Wortes. Aber die Gemeinden haben sich in den letzten sieben Jahrzehnten massiv verändert. Sie haben sich von einer Verwaltungseinheit zu einer modernen Serviceeinheit entwickelt, so nahe am Bürger wie keine andere Institution. Dafür sind sie auch, gerade bei uns in Niederösterreich, top aufgestellt.

Denn in Niederösterreich haben wir schon in den Jahren von 1970 bis 1974 eine große Kommunalreform durchgeführt, die Anzahl der Gemeinden von 1.652 auf 573 reduziert. Ein festes Fundament, das heute noch Gültigkeit hat, auf das wir weiter aufbauen können und das heute von anderen Bundesländern kopiert wurde.

Wir stellen zu unserem 75. Geburtstag die Weichen für die Zukunft. Die letzten Jahre waren geprägt von der Corona-Pandemie, in der die Gemeinden verlässliche Partner der Bürgerinnen und Bürgern waren. Wir waren es, die in das Test- und Impfchaos der Bundesregierung Ordnung und Verlässlichkeit gebracht haben. Nunmehr beschäftigen uns auf der kommunaleren Ebene die Energiekrise und die Teuerung, die nicht nur die Menschen treffen, sondern auch die Kommunen. Ich bin sehr stolz, dass gerade die Sozialdemokratie auf allen Ebenen Druck macht, dem die Bundes- und Landesregierung, wenn auch zögerlich, nachkommen muss. Wir sind die starke Stimme für die Schwachen, für all jene, die sich nicht selbst helfen können, und kommen so unserem historischen Auftrag nach.

Nach jahrelangen Forderungen von unseren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten konnten wir gemeinsam mit Landeshauptfrau-Stellvertreter Franz Schnabl und dem SPÖ Landtagsklub vor wenigen Wochen einen Meilenstein in Sachen Kinderbetreuung setzen. Nach langem Widerstand der ÖVP haben wir unser Ziel einer ganztägigen und ganzjährigen Kinderbetreuung erreicht. Jetzt wollen wir hier die besten finanziellen Rahmenbedingungen für die Gemeinden schaffen.

Die Erfolgsgeschichte Österreichs, der Zweiten Republik, ist auf den Gemeinden aufgebaut. Vielfach zehren wir heute noch von Strukturmaßnahmen, die aus der Kreisky-Ära stammen. Bruno Kreisky war es auch, der gemeint hat „Man kann Umstände zur Kenntnis nehmen, darf aber nicht bereit sein, sie hinzunehmen“. Ein starkes Wort, unter dessen Motto ich auch die Arbeit unseres Verbandes, als Interessensvertretung der Gemeinden, stellen möchte.

Abschließen möchte ich aber mit einem Ausspruch von Margit Fischer, der Gattin unseres so sehr geschätzten Alt-Bundespräsidenten Heinz Fischer: „Mehr Reflexion, weniger Schnellschüsse, mehr Rücksichtnahme, weniger Egoismus, mehr Solidarität, weniger Polemik, mehr Humanismus und weniger Nationalismus – sind notwendig, um die Gemeinden, das Land und die Republik auch in Zukunft weiter zu entwickeln.“



Männer der ersten Stunde mit dem ersten Sekretär der sozialistischen Gemeindevertreter, Rudolf Mittermayer (Bildmitte mit Hut).



Knapp vor seinem 70-Jahr-Jubiläum gibt sich der NÖ GVV ein neues Erscheinungsbild: SPÖ-Niederösterreich-Vorsitzender Matthias Stadler, Bundeskanzler Christian Kern, Präsident Rupert Dworak und Direktor Ewald Buschenreiter mit dem neuen Logo.

WIR SIND STARK

75 Jahre Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich heißt siebeneinhalb Jahrzehnte voller Einsatz für unsere Kommunen und die Menschen, die dort leben. Die gut funktionierende Gemeinde ist die Keimzelle einer gut funktionierenden Demokratie – das hatte und hat unser Verband bei seiner Arbeit für seine Mitglieder immer vor Augen.



**StR Dir. Mag.
Ewald Buschenreiter**

Der Start war für unsere sozialdemokratische Interessensvertretung alles andere als leicht. Aus den Trümmern des Weltkriegs geboren, hinein in die Besatzungszeit, acht Jahre bevor Österreich wieder seine Eigenstaatlichkeit erreichte, sozusagen in der Steinzeit der Zweiten Republik. Die Menschen waren bitterarm und kriegstraumatisiert, die kommunalen Infrastrukturen zu großen Teilen vernichtet und noch nicht wieder hergestellt.

Als sich die 167 Delegierten am 11. Oktober 1947 zur konstituierenden Sitzung im NÖ Landhaus in Wien versammelten, wählten sie dann Rudolf Wehrle zu ihrem ersten Verbandsvorsitzenden, den Bürgermeister von Wiener Neustadt – jener Stadt in Niederösterreich, die im Krieg am schwersten zerstört wurde. Die Aufgaben, denen sich damals die Menschen und auch der neu gegründete Verband stellen mussten, waren gewaltig. Ihre Bewältigung muss uns allen heute noch großen Respekt abringen. Wenige Monate nach der Gründung bezog der Verband sein erstes Büro, natürlich in Landhausnähe in der Wiener Herrengasse.

Nach Jahrzehnten des Aufbaus und des Friedens stehen wir heute im 21. Jahrhundert vor ganz neuen großen Herausforderungen. Wir haben die Schwelle zum digitalen Zeitalter längst überschritten, soziale Medien, die alles andere als

sozial sind, dominieren scheinbar die öffentliche beziehungsweise veröffentlichte Meinung. Und nach Dekaden der relativen Sicherheit lebt diese Welt heute wieder in höchst unruhigen und unsicheren Zeiten. Zeiten des Wandels und des Umbruchs. Gerade in Zeiten, wo wir feststellen müssen, dass sich die Europäische Union, nicht zuletzt durch den Brexit, verändert hat, dass sich die Welt gerade wieder durch Kriege, Terror und Flüchtlingsströme nachhaltig wandelt, waren und sind die Gemeinden immer ein stabiler Faktor für die Menschen.

Mit Stolz kann ich sagen, dass sich unser heutiger Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich auf die neuen Herausforderungen gut eingestellt hat und seinen Mitgliedern ein umfassendes Betreuungsangebot bietet. Sei es durch die Begutachtung der Gemeindegesetze und deren Novellierungen, durch kompetente einschlägige Rechtsberatung, durch das breit gefächerte Weiterbildungsangebot seiner Kommunalpolitischen Akademie, durch seine vielfältige und professionelle Unterstützung bei Fraktionsarbeit so wie moderner und klassischer Öffentlichkeitsarbeit. Und eines kann ich an dieser Stelle versprechen: So werden wir, der NÖ GVV und sein Team, es auch in Zukunft halten.

Die ersten Jahre

Die schwersten Jahre

Man kann es sich heutzutage nur mehr schwer vorstellen: Trümmer und Ruinen, wohin man schaut – der Zweite Weltkrieg ist gerade erst zu Ende gegangen in einem Österreich, in dem nichts mehr so ist wie es einmal war.

Die Städte unseres Bundeslandes sind verlassenes Kampfgebiet – ohne Verwaltung und ohne Gemeindefunktionäre und zu Beginn vor allem ohne Hoffnung. Man war sich vielerorts nicht einig, ob ein Wiederaufbau überhaupt Sinn machen würde. Da sind sie, die Männer und Frauen der ersten Stunde, die der Bevölkerung Mut machen – die Rede ist von Bürgermeistern und Gemeindefunktionären.

Der erste Verbandspräsident

Bald sind sich die Bürgermeister der größeren Städte des Landes einig, dass eine Interessensvertretung der sozialistischen Gemeindevertreter im Bundesland gegründet werden sollte. So treten 167 Delegierte am 11. Oktober 1947 zusammen, um just einen Bürgermeister aus der wahrscheinlich am schwersten zerstörten Stadt in Niederösterreich zum ersten Verbandspräsidenten zu wählen. Rudolf Wehrl, Bürgermeister aus Wiener Neustadt, wird so zum ersten Obmann der Interessensvertretung. Als Grundlage der Arbeit des Ver-

bandes wird ein Ausspruch des Gemeindegesetzes von 1849 herangezogen: „Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.“

Mit 1. Jänner 1948 geht das Verbandsbüro in der Wiener Herrengasse in Betrieb. Das ermöglicht auch die Herausgabe einer eigenen Verbandszeitung – die „Niederösterreichische Gemeinde-Zeitung“ erscheint so zum ersten Mal und kann als Vorläufer der jetzigen „Kommunalen Information“ bezeichnet werden. Man einigt sich auf einen Mitgliedsbeitrag von einem Schilling pro Mitglied und pro Monat. Viel wichtiger als all das ist jedoch die Gründung der Bezirksverbände des GVV. So wird es Schritt für Schritt möglich, die wirklich drängenden kommunalen Probleme im Bundesland in Angriff zu nehmen. Neben dem so genannten „Randgemeindenproblem“, das die unklare Zugehörigkeit von rund 80 Wiener Umlandgemeinden beschreibt, tauchen auch Diskussionen über Themen auf, die teilweise heute noch aktuell sind. Der erste Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird 1948 beschlossen, unter den Gemeindevertretern aber formiert sich zusehends Unmut über die mangelnde Kompensation von Verdienst- und Urlaubsentgang.



Rudolf Wehrl, Bürgermeister von Wiener Neustadt, wurde 1947 zum ersten Präsidenten gewählt – er blieb bis 1965 an der Spitze des Verbandes.

Die ersten Schulungen

Praktisch von der Gründung des Verbandes an war klar, dass neben der Beratung auch die Schulung der GemeindevertreterInnen zu den tragenden Säulen des Verbandes zählt. Die Schulungstätigkeit wird für damalige Verhältnisse relativ früh aufgenommen. Im Frühjahr 1948 stehen 21 dezentral organisierte Kurzlehrgänge im gesamten Bundesland auf dem Programm – wobei die damaligen Verkehrsverhältnisse vielen TeilnehmerInnen eine abenteuerliche Anreise bescheren. Die erste zentrale Schulung mit Quartieren für die TeilnehmerInnen – wie heute in der Kommunalpolitischen Akademie üblich und damals als „Internatsschulung“ bezeichnet – findet im September 1948 im Arbeiterheim Döbling statt. Fünf Tage lang steht dabei Folgendes auf

dem Programm: die Bundesverfassung, die Verwaltungsverfahrensgesetze, das Gemeinde-recht, die Gemeindesteuern, der Rechnungsabschluss, das Mietrechtsgesetz, und zuletzt die Schulpolitik. Viele dieser Themen sind nach wie vor aktuell und werden daher auch in Fachkursen der heutigen „Kommunalpolitischen Akademie“ noch behandelt – wenn auch aufgeteilt auf mehrere Seminare.

Nach und nach etabliert der Verband neue Weiterbildungsstätten. Neben Wien entwickeln sich unter anderem die Wiener Neustädter „Waldschule“ und das Gewerkschaftsheim Hirschwang zu beliebten Schulungsorten. Auch das erste Frauen-seminar wird zu dieser Zeit abgehalten: Es findet im September 1950 in Hollenstein statt, der Titel lautet schlicht „Sozialistische Kommunalpolitik“.

Es geht aufwärts

Die 50er

Erste Gemeinderatswahlen und neue kommunale Vorhaben.

Am 7. Mai 1950 ist es soweit: Die ersten regulären Gemeinderatswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg finden statt – bis dahin gab es nur von der Landesregierung ernannte provisorische Gemeindeausschüsse. Und sie waren für die SPÖ ein Erfolg: 59 neue Bürgermeistersessel konnten erobert werden, insgesamt kamen etwas über 1500 neue SPÖ-GemeindevandatarInnen im gesamten Bundesland hinzu.

Wo es nur möglich war, legte sich die Besatzungsmacht quer. So war es zum Beispiel in St. Pölten lange nicht möglich, den kommunistischen Bürgermeister Käfer abzulösen, den die Russen eingesetzt hatten. Erst nach heftigen Protesten räumte er das Rathaus, um dem Arzt Dr. Wilhelm Steingötter Platz zu machen, dem Spitzenkandidaten der bei den Kommunalwahlen siegreichen SPÖ. Karl Renner, Adolf Schärf, Theodor Körner in Wien und Oskar Helmer in Niederösterreich machten durch ihre couragierte Haltung auch den Gemeindefunktionären Mut, unter denen zu dieser Zeit auch Alois Schwarzmüller in Gmünd, Konrad Niemetz in Berndorf oder Rudolf Röder in Krems zu erwähnen wären.

Helmer, der bald Innenminister werden sollte, führte damals als Landeshauptmannstellvertreter das Gemeindereferat, Hans Brachmann war Schulreferent und Heinrich Widmayer Finanzreferent. Dann wurden in Niederösterreich neue Männer zum Be-

griff: Franz Popp, der Lehrer aus Hohenau, Felix Stika aus Hirtenberg, in der Ersten Republik legendärer Widerpart des Heimwehr-Industriellen Felix Mandl, Dr. Otto Tschadek und Emil Kuntner.

Das erste Büro des Verbandes sozialistischer Gemeindevertreter war in Räumen untergebracht, die von der Landesregierung zur Verfügung gestellt wurden. Erster Leiter des Verbandsbüros wurde Rudolf Mittermayer als Zentralsekretär. Er wurde, von einer schweren Krankheit gezeichnet, frühzeitig pensioniert und starb im April 1959 im Alter von 54 Jahren. Ihm folgte Dr. Ferdinand Maly.

Die Weichen, die für die Gemeinden von Bedeutung waren, wurden vor allem in der Landespolitik gestellt. Franz Popp, Landeshauptmannstellvertreter nach Oskar Helmer, schuf den Schulbaufonds, dem schon in den Jahren bis zum Staatsvertrag 95 neue Schulen in Niederösterreich zu danken waren. Auch der Grundstein für andere vorbildliche kommunale Objekte wird in dieser Zeit gelegt. Überall entstehen neue Kindergärten, die ersten Hallenbäder und zweckentsprechende Veranstaltungszentren.

Intern sind diese Jahre dem Aufbau einer Verbandsstruktur auf Landes- und Bezirksebene gewidmet. Auch die Schaffung von Schulungseinrichtungen und die Herausgabe von Fach- und Informationsbroschüren sind wichtige Aufgaben.



Rudolf Wehrl
Präsident von 1947 bis 1965



3. Vollversammlung 1951 mit Theodor Körner.



Präsident Wehrl berichtet den Delegierten über die Entwicklung des Verbandes. Der Mitgliedsbeitrag pro Mitglied und Monat beträgt einen Schilling. Damit wird auch die „Niederösterreichische Gemeindezeitung“ finanziert.



Es gibt viele drängende Probleme in diesen Jahren – und die SPÖ-GemeindevertreterInnen sind aktiv daran beteiligt, die Infrastruktur im Land aufzubauen. Nach dem Abzug der Besatzungstruppen sollten die Gemeinden auch wieder finanziellen Spielraum bekommen.



Die 7. Vollversammlung am 21. Jänner 1961. Seit einem Dreivierteljahr steht dem Verband ein Schulungsheim in Baden zur Verfügung. Die Bildungsarbeit wird weiter intensiviert.

Große Veränderungen

Die 60er

Neue Gemeindeordnung und Gemeinde-Strukturreform.

Bei der 7. Vollversammlung am 21. Jänner 1961 berichtete Landeshauptmannstv. Franz Popp über das Schulungsheim in Baden, das am 14. Mai 1960 eröffnet wurde und ein gemeinsames Werk von Landespartei und Gemeindevertreterverband war. Landeshauptmannstv. Dr. Otto Tschadek hielt ein Referat zum Thema „Die gegenwärtigen Aufgaben und Ziele der sozialistischen Kommunalpolitik“.

Die nächste Vollversammlung am 16. Juni 1963 wurde im Eisenbahnerheim Wien-Margareten abgehalten. Eines der Hauptthemen dabei war die Finanzierung der Krankenanstalten. Ebenso wichtig erscheint die beschlossene Resolution zur Verbesserung der Wohnbauförderung.

Nach dem Ausscheiden von Dr. Maly, der in das sozialpolitische Referat des ÖGB wechselte, übernahm Johann Paulowitsch im Juni 1963 die Leitung des Verbandsbüros.

In diese Zeit fiel auch die Änderung bei der Erhebung der Grundsteuer durch die Gemeinden. Rechtzeitig wurden die Gemeinden auch vom Verband auf diese neue Aufgabe vorbereitet.

1965 wählte die Vollversammlung des Verbandes der Gemeindevertreter der SPÖ den Bürgermeister von Traiskirchen, Alois Jirovetz, zum Verbandsobmann. Ihm zur Seite stand als geschäftsführender Obmann Franz Binder, Landtagsabgeordneter und Bürger-

meister von Enzersdorf an der Fischa. Im Landtag wurde die Bauordnung in ihrer ersten ursprünglichen Fassung beschlossen und dann auch das Raumordnungsgesetz, das mit der örtlichen Raumplanung auch die Gemeinden vor neue Aufgaben stellte.

Schon vorher waren die sogenannten Randgemeinden nach Niederösterreich zurückgekehrt.

1964 und 1965 tritt der GVV in Verhandlungen zu umfangreichen Änderungen der NÖ Gemeindeordnung ein. Die zu diesem Zeitpunkt schon 100 Jahre alte Gemeindeordnung muss wegen der 1962 umgesetzten Novelle des Bundesverfassungsgesetzes erneuert werden. Am 23. Dezember 1965 ist es dann soweit – die neue Gemeindeordnung wird von der NÖ Landesregierung umgesetzt. Sie bringt eine Festigung der Gemeindeautonomie, aber auch eine Erweiterung der Pflichten der Gemeinde.

In der Zeit zwischen 1965 und 1972 bleibt in den Gemeinden des Bundeslandes kein Stein auf dem anderen: Im Zuge der Gemeindestrukturreform kommt es zu vielen Zusammenlegungen von Gemeinden, deren Zahl somit von über 1600 auf den heutigen Stand von unter 600 fällt. Die nun völlig veränderte kommunale Struktur fordert vom Verband nicht nur eine erhöhte Schulungstätigkeit, sondern auch eine programmatische Neuausrichtung.



Alois Jirovetz
Präsident von 1965 bis 1972



20 Jahr-Feier und 10. Vollversammlung im Oktober 1967 in den Stadtsälen St. Pölten.



650 Jahre Korneuburg – 1962.



11. Vollversammlung 1969 in der Körnerhalle Schwechat.



Die 70er

Erstmals Abschaffung der Landesumlage gefordert.

Die nun völlig veränderte kommunale Struktur fordert vom Verband nicht nur eine erhöhte Schulungstätigkeit, sondern auch eine programmatische Neuausrichtung. Maßgeblich beteiligt an dieser Neuausrichtung ist in kreativer Weise der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Czettel, der mit der Idee der „Sozialgemeinde“ die Basis für die Schwerpunkte der Kommunalpolitik bis 1980 liefert. Mit einer erhöhten Sozialhilfe soll es zur Minderung der Belastungen für Gemeinden kommen, außerdem taucht hier die Forderung nach Abschaffung der Landesumlage für die Gemeinden zum ersten Mal auf.

Die 12. Vollversammlung des Gemeindevertreterverbandes wurde über Anregung von LHStv. Hans Czettel im Rahmen eines Niederösterreichischen Gemeindetages am 11. Mai 1972 in Wr. Neustadt abgehalten. Dabei war an die Spitze des Verbandes sozialistischer Gemeindevertreter Franz Binder getreten, Bürgermeister von Enzersdorf an der Fischa und dann auch 2. Landtagspräsident.

Landeshauptmannstv. Hans Czettel hielt im November 1972 anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Verbandes die Festrede und dankte für die großartigen Leistungen, die seit der Gründung im Jahr 1947 für die Mitgliedsgemeinden erbracht wurden.

1974 tagten die Gemeindevertreter in Ybbs a. d. Donau. Präsident Bgm. Binder berichtete über die

Schaffung einer Beratungsstelle in Schrems, die von Franz Ableidinger betreut wurde. Seit 1973 erscheint als neues Mitteilungsblatt die „Kommunale Information“. Sie ergänzte die bisherige „Niederösterreichische Gemeindezeitung“ und löste sie später ab.

Der NÖ Gemeindetag 1976 fand am 3. April in St. Pölten statt. Landeshauptmannstv. Hans Czettel skizzierte seine „Schwerpunkte der Kommunalpolitik bis zum Jahr 1980“. Er stellte unter dem Titel „Sozialgemeinde“ Grundsätze zur Diskussion, mit denen durch die Arbeit der sozialistischen Gemeindevertreter die sozialen, also gesellschaftlichen Strukturen grundlegend verändert werden sollten.

Am 9. Oktober 1977 nahmen mehr als 2000 Gemeindevertreter aus ganz Niederösterreich aus Anlass des dreißigjährigen Bestehens des Verbandes in der neuerbauten Sporthalle der HTBLA in Wr. Neustadt an einem Festakt teil. Die Feier wurde durch die Anwesenheit von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger ausgezeichnet.

Im Rahmen der 15. Vollversammlung referierte LHStv. Hans Czettel am 14. Oktober 1978 in Bad Vöslau zum Thema „Mit Kraft und Zuversicht in die 80er Jahre“. Eine besonders intensive Schulungstätigkeit und der Ausbau der Fachbrochüren stand im Mittelpunkt des Berichtes von Verbandsobmann Präs. Bgm. Binder.



Franz Binder
Präsident von 1972 bis 1986



25 Jahre GVV – 1972 im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landtages.



13. Vollversammlung 1974 im Stadtsaal Ybbs.



14. Vollversammlung 1976 in St. Pölten.



30 Jahre GVV – 1977 in Wiener Neustadt.

Landeshauptstadt St. Pölten

Die 80er

Regionalisierung und Sozialzentren.

Nach weitgehenden Änderungen der kommunalen Struktur des Bundeslandes ist in den 80er-Jahren die Landesverwaltung an der Reihe: St. Pölten wird 1986 zur neuen Landeshauptstadt, was die sukzessive Übersiedelung der Verwaltung von Wien in die Mitte des Bundeslandes beginnen lässt.

Gänserndorf war am 11. Oktober 1980 Gastgeber für den 16. Gemeindefesttag. Hans Czettel sollte über „Die Zukunft Niederösterreichs und die Ver-

antwortung der Sozialdemokratie“ ein Referat halten. In der Nacht vom 27. auf 28. September verstarb er nach einem Herzinfarkt. Der Gemeindefesttag stand im Zeichen dieses schweren Verlustes.

Auf Hans Czettel folgte als Landeshauptmannstellvertreter und Landesobmann der SPÖ Leopold Grünzweig. Zu seinem Team gehörte auch Dr. Ernest Brezovszky, eine Zeit lang Bürgermeister von Gänserndorf und dann in der Landesregierung Spitalsreferent.



17. Vollversammlung 1984 in Amstetten.

Bei der Vollversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Schrems übernahm im Jahr 1986 Alfred Haufek, Bürgermeister von Heidenreichstein, die Funktion des Landesvorsitzenden. Der bisherige Verbandsvorsitzende Präs. Bgm. Franz Binder wurde auf Grund seiner Verdienste zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Das Verbandsbüro, von 1983 an von Helmut Senger geleitet, übersiedelte in die Habsburgergasse, wo es bis zum Umzug in die Landeshauptstadt bleiben sollte. Es hatte auch in diesen Jahren intensiven Kontakt mit der Landtagsfraktion zu pflegen, weil es im Klub und in den Ausschüssen eine ganze Reihe legislativer Vorhaben zu beraten gab, die für die Gemeinden von Bedeutung waren.

Ein neues Kapitel der Landesgeschichte wurde in Niederösterreich geschrieben, als Ernst Höger, seinerzeit auch Stadtrat in Berndorf, die landespolitische Bühne betrat. Er

übernimmt, zuerst noch als Landesrat, das Gemeindereferat in der Landesregierung, wird dann Landeshauptmannstellvertreter und Landesobmann der SPÖ.

Unter der Federführung von Landeshauptmann-Stellvertreter Ernst Höger wird das Konzept der „Regionalisierung“ entwickelt, das schließlich trotz erheblicher Widerstände seitens des Regierungspartners durchgebracht wird. In Zahlen bedeutet das 500 Millionen Schilling mehr jährlich für die Regionen und damit für die Gemeinden in NÖ – und das für die nächsten 20 Jahre. Die „Regionalisierung“, die aus 700 Einzelprojekten besteht, löst in der Folge Gesamtinvestitionen von über 10 Milliarden Schilling aus. Gleichzeitig wird aber auch die Idee der „Sozialgemeinde“ fortgesetzt – es kommt zur Errichtung vieler Sozialzentren in den Gemeinden, die sich auf die Betreuung älterer Menschen vor Ort spezialisieren.



Alfred Haufek
Präsident von 1986 bis 1995



18. Vollversammlung 1986 in Schrems.



40 Jahre GVV – 1987.



Preisverleihung „Umweltfreundliche Gemeinde“ 1989.



Die Landesumlage fällt

Die 90er

50 Jahre sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Durch die Umsetzung der „Regionalisierung“ ist es 1991 so weit, dass die Gemeinden in ihrer Gesamtheit endgültig zum größten Investor des Bundeslandes werden. Doch dabei bleibt es nicht – der Stellenwert der Gemeinden als Wirtschaftsfaktor nimmt weiter zu, und zwar durch die Umsetzung einer alten Forderung des GVV, die bereits in der Ära Czettel erstmals erhoben wurde: 1994 einigt sich der NÖ Landtag unter Landeshauptmann-Stellvertreter Ernst Höger als treibende Kraft auf die Abschaffung der Landesumlage. Mit dem Wegfall der Landesumlage bleiben von nun an über eine Milliarde Schilling jährlich in den Gemeindekassen.

Auch im Schulungsbereich baut der GVV sein Angebot deutlich aus. Das Seminarangebot ist mittlerweile in der „Kommunalpolitischen Schule“ gebündelt – mehr als 10 000 GemeindevertreterInnen haben bis dahin schon Seminarangebote des GVV in Anspruch genommen.

Es ist ein Hauptanliegen des Verbandes, darauf zu achten, dass die Gemeindefinanzen nicht geschmälert werden. Die Kommunalsteuer muss ebenso unangetastet bleiben wie die Getränkesteuer und auch an den diversen Förderungen des Landes für die Kommunen darf nicht gerüttelt werden. Das macht auch 2. Landtagspräsident Bürgermeister Anton Koczur deutlich, als er 1995 die Nachfolge von Alfred Haufer als Verbandsvorsitzender antritt.

Wie seine Vorgänger bekleidet auch er das Amt eines Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindeverbandes und achtet auch in dieser Funktion peinlich darauf, dass die Rolle der Gemeinden als wichtigste Zelle unseres Staates gewürdigt wird. „Wer Ja zu seiner Gemeinde sagt, sagt auch Ja zur Republik. Das ist die Lehre, die aus dem fünfzigjährigen Wirken des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu ziehen ist,“ betont Präsident Koczur.

Im Jubiläumsjahr 1997 blicken wir auf eine Bilanz zurück, die sich sehen lassen kann: Wie nach dem Krieg unter ungemein schwierigen Bedingungen in den Gemeinden neues Leben entfacht wurde, gehört zu den ehrenvollen Kapiteln der Wiederaufrichtung Österreichs. Sozialdemokratische Gemeindefunktionäre, Männer der ersten Stunde, haben es mitgeschrieben. Blühende Kommunen sind jetzt der Lohn ihres Einsatzes. Moderne Wohnungen sind obligat, tausend Kindergärten sind errichtet worden und Schulen, die das Talent nicht verkümmern lassen. Die Spitäler verbürgen Leistungen der Spitzenmedizin und Freizeiteinrichtungen Lebensqualität.

Unter neuen Bedingungen, die in ihren Schwierigkeiten eine Herausforderung sind, die aber auch neue Chancen eröffnen, hält unser Verband auf seinem Weg nicht inne: Wir wollen alles tun, damit es eine sichere Zukunft für unsere Gemeinden gibt – und eine schöne Zukunft für ihre Bürger.



Anton Koczur
Präsident von 1995 bis 2003



Referat von Stadtrat Rudolf Edlinger.



20. Vollversammlung 1991 in Prottes.



21. Vollversammlung 1993 in Wieselburg.



22. Gemeindegtag 1995 in Schwechat.



Umweltfreundliche Gemeinde 1996.



Bezirkstage 1997 in Mistelbach.



50 Jahre GVV – 1997.



Brüssel 1997.



Bezirkstage 1997 in Gmünd.



Vor der Gemeinderatswahl 2000.





2003 Amtsübergabe in Wieselburg.

Turbulente Zeiten

Die 2000er

Gewinne und neue Herausforderungen.

Bei den Gemeinderatswahlen 2000 und 2005 zeichnet sich eine Trendwende im Zuspruch zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik ab. Die zwei Wahlgänge bringen insgesamt ein Plus von über 600 Mandaten in den NÖ Gemeinderäten – und das nicht zuletzt aufgrund intensiver Vorbereitungen des GVV, die in konkreter Hilfestellung für die Ortsparteien münden.

2004 gelingt es, die politische Beratungstätigkeit des GVV erstmals zu systematisieren – 100 BetreuerInnen werden in speziellen Schulungen ausgebildet, um in den Gemeinden gemeinsam mit der jeweiligen Ortspartei den Wahlkampf auf Schiene zu bringen. Dieses „Team 2005“ geht besonders auf jene Gemeinden zu, in denen die SPÖ schwach vertreten ist oder in denen die Möglichkeit eines Bürgermeisterwechsels zum Greifen nah ist. Das Resultat: 12 neue SPÖ-Bürgermeister in NÖ.

2005 erfolgt auch eine Neuordnung des Seminarangebots des GVV – nicht zuletzt, um den vielen neuen MandatarInnen fortschrittlichere Seminarangebote bieten zu können. Die „Kommunalpolitische Akademie“ – kurz KOPAK – entsteht. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt des GVV mit der SPÖ-NÖ, was eine deutliche

Ausweitung des Seminarangebots ermöglicht. Besonders in den Bereichen Organisation, Kommunikation und Rhetorik kommen neue Angebote hinzu – Jugend- und Frauenseminare haben nun ihre Fixplätze innerhalb des Schulungsangebotes des GVV.

Im April 2008 löst LAbg. Bgm. Rupert Dworak Bernd Vögerle als Präsident des Verbandes ab.

Die Zeitung des Verbandes KOMMUNALE INFORMATION (KI) wird mit der Ausgabe zur Kommunalpolitischen Infomesse im Mai 2009 einem Relaunch unterzogen. Ein neues Corporate Design für alle Schriftreihen, Aussendungen und verbandseigenen Materialien wird parallel dazu bis Herbst 2009 umgesetzt.

Um das Angebot des GVV vor den Wahlen bekannt zu machen, zieht eine eigene Info-Tour unter dem Titel „Herbstgespräche“ durchs Land.

Unter dem Titel „Team 2010“ soll ein neues Projekt des Verbandes mit der SPÖ-NÖ die Motivation der MitarbeiterInnen steigern und den Organisationen Selbstvertrauen und Schlagkraft zurückgeben.

Die Unterstützung und Betreuung auf Orts- und Gemeindeebene soll die Kommunikation mit den BürgerInnen anregen und die Kampagnenfähigkeit stärken.



Bernd Vögerle
Präsident von 2003 bis 2008



Eine schöne Schlagzeile.



Bürgermeister-Smalltalk.



Kommunale Info-Messe 2005.



60. Geburtstag von Präsident Vögerle, 2006.



Alles neu bei der KOPAK ab 2005.



KOPAK Frauenseminar 2008.



Amts-Übergabe 2008.

Innovativ und aktiv

Die 2010er

Der NÖ GVV baut seinen Service weiter aus.



65 Jahre NÖ GVV – 2012.



Rupert Dworak
Präsident seit 2008.

Zahlreiche BürgermeisterInnen und MandatarInnen folgten am 3. Dezember 2012 der Einladung des NÖ GVV zur 65-Jahr-Jubiläumsfeier nach Wiener Neustadt und füllten dort das „Skyline“ bis auf den letzten Platz. Darunter auch die drei NÖ GVV-Ehrenpräsidenten Alfred Haufek, Anton Koczur und Bernd Vögerle.

Seit Jänner 2013 im Netz ist eine weitere Innovation der NÖ GVV-KOPAK-Verantwortlichen: die Kommunikationsplattform „KOPAK-online“. Exklusiv für NÖ GVV-MandatarInnen entwickelt, finden diese hier nur allzu Nützliches – wie Ideen-Tausch-Börse, Umfrage-Tool, Rechtsinformationssystem, Druckplattform, Kalendarium, Kontakt-Infos – zur freien Verfügung.

Mit der vor Wahlgängen stattfindenden Kommunalmesse hat der NÖ GVV einen zeitgemäßen und spannenden Treffpunkt geschaffen: mit mehr als 30 Ausstellern aus den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Druck, Beratung und Finanzen. Hier können sich die interessierten GemeindemandatarInnen vorzüglich für den Wahlkampf rüsten.

Mit fachspezifischen Enqueten bietet der NÖ GVV Top-Information und Expertenwissen zu aktuellen Themen – zum Beispiel zu Innovation & Nachhaltigkeit, Bürgerbeteiligung, Jugend und zu vielem mehr.

Auch inhaltlich kann der NÖ GVV punkten. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen 2016 gelingt es, bei der Finanzierung der Pflege und den Krankenhäusern eine Kostendämpfung einzuziehen. Eine wichtige Grundlage, dass die Gemeinden den Stabilitätspakt und damit ihre Budgets einhalten können. Präsident Dworak: „Der größte Erfolg für uns war aber, dass wir nach dreißig Jahren die Grundsteuerproblematik lösen konnten.“

Zwei Fixpunkte im Jahresablauf haben sich etabliert: Einerseits der jährliche Neujahrsempfang des NÖ GVV. Dabei kann der Verband immer mehr als 500 BürgermeisterInnen und GemeindemandatarInnen begrüßen. Ausgewählte, hochkarätige Politiker und Experten stehen als Gastredner zur Verfügung. Neben diesem politisch-inhaltlichen Schwerpunkt ist der „Sommerabend in Rot“ zum gesellschaftlichen Höhepunkt geworden.

2018 dann erstmals seit 2003 wieder ein deutliches Plus bei Landtagswahlen: 23,92 Prozent für die SPÖ. Präsident Dworak: „Wenn wir uns das Arbeitsprogramm der SPÖ ansehen, ist es Franz Schnabl gelungen, die für uns wichtigsten Themen zu positionieren: die Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, die Übernahme der Kosten, die durch die Abschaffung des Pfleregeregrees entstanden sind, die Sicherung der Finanzierung des Ausbaues der Kinderbetreuungseinrichtungen, eine Reform des Gemeindewahlrechtes vor allem im Bezug auf das Wahlrecht der Zweitwohnsitzer und des nicht amtlichen Stimmzettels.“



GRW-Auftakt 2010.



Aktion „Hände weg von unserem Wasser“ mit Bürgermeister Andreas Babler.



Auszeichnung für Fritz Knotzer 2010.



Herbsttour 2012.



NÖ GVV-Kommunal-Messe 2014.



Athen 2014: mit dem Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso.



Neujahrsempfang 2017 mit Bundeskanzler Kern,
Präsentation des neuen Verbands-Logos.



Sommerabend in Rot 2015.



Neujahrsempfang 2015.



Verbandstag, Vollversammlung in Krems 2015.



2018: Das neue Präsidium.



„Wir müssen in den Gemeinden unsere sozialen und demokratischen Kräfte bündeln, um rechtspopulistischen und hetzerischen Kräften entgegenzuwirken. Ohne Konkurrenz schläft das soziale Gewissen von Schwarz-Blau völlig ein. Wenn wieder einmal soziale Errungenschaften zugunsten von Wirtschaft und Industrie geopfert werden sollen, dann brauchen wir die SPÖ, die uns davor schützt“, erklärt SPÖ NÖ Landesparteivorsitzender LHStv. Franz Schnabl zum Start seiner #nachvorn-Tour durchs Land.



Bundesparteivorsitzende Dr. Pamela Rendi-Wagner gibt beim Neujahrsempfang 2019 den Startschuß ins „Arbeitsjahr 2019“ – so der Titel der Veranstaltung. Im Blick schon die Vorbereitungen für die Gemeinderatswahl 2020. Die stehen auch im Mittelpunkt der Kommunalen Informationsmesse des NÖ GVV in diesem Jahr.



Bei der GVV ÖSTERREICH Bundeskonferenz im Herbst wird eine Doppelspitze für die Organisation gewählt: Die Klagenfurter Bürgermeisterin Marie-Luise Mathiaschitz wird in ihrem Amt bestätigt, NÖ GVV-Vorsitzender Rupert Dworak kommt neu dazu. Das Motto der Konferenz: „Klimaschutz fängt in der Kommune an“.

Die Arbeit geht weiter

2020 bis 2022

Der NÖ GVV passt sich den neuen Gegebenheiten an.



Ein neues Jahrzehnt beginnt. Der traditionelle Neujahrsempfang des NÖ GVV ist gleichzeitig Wahlkampfauftakt. 11.171 Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich zwei Wochen später der Wahl. Das Ergebnis ist durchwachsen. Erfreuliche Erfolge auf der einen Seite, schmerzliche Niederlagen auf der anderen. „Unterm Strich kann das Ergebnis für uns nicht zufriedenstellend sein“, so Präsident Rupert Dworak. „Für uns sozialdemokratische MandatarInnen und FunktionärInnen kann das nur der Auftrag sein, unmittelbar nach den genauen Wahl-Analysen mit der Arbeit für 2025 zu beginnen.“

Da ahnt noch keiner, dass diese Arbeit für Wochen und Monate fast unmöglich wird. Corona. Zwei Lockdowns in einem Jahr, dann der dritte bis Februar 2021.



Bisher haben tausende MandatarInnen das umfassende Weiterbildungsangebot der KOPAK genutzt und mehrere hundert Seminare besucht, die auf die speziellen Bedürfnisse von KommunalpolitikerInnen zugeschnitten sind. Jetzt muss der NÖ GVV auch diese Arbeit in den virtuellen Raum verlegen. Online-Seminare, viele Video-Konferenzen, Besprechungen via Bildschirm. Eine völlig neue Situation, die gleichzeitig aber auch neue Chancen und Möglichkeiten eröffnet.



2020: Demokratie-Enquete des NÖ GVV im September. Zwischen zwei Lockdowns.



Der Neujahrsempfang 2021 wird zur größten landesweiten Videokonferenz mit mehr als 500 TeilnehmerInnen. Die Pandemie bestimmt nicht nur den technischen Rahmen, sie ist natürlich auch das Haupt-Thema der Veranstaltung. Schon jetzt ist absehbar, dass die Kommunen besonders unter der Entwicklung leiden. Sowohl finanziell als auch organisatorisch, weil sie einen beträchtlichen Teil der Corona-Maßnahmen praktisch umsetzen müssen. Die Verantwortung für die fehlende Test- und Impfstrategie wird einfach auf die Gemeinden abgewälzt. Darauf macht die Aktion „Rote Karte für die Bundesregierung“ aufmerksam. Gleichzeitig fordert der NÖ GVV ein 500 Millionen schweres Konjunkturpaket für die Gemeinden.



Der NÖ GVV gehört zu den ersten Organisationen, die sich des Themas „Blackout“ annehmen – lange bevor es durch die Medien geht. An einer Online-Diskussion mit dem Experten Herbert Saurugg nehmen über 100 MandatarInnen teil.

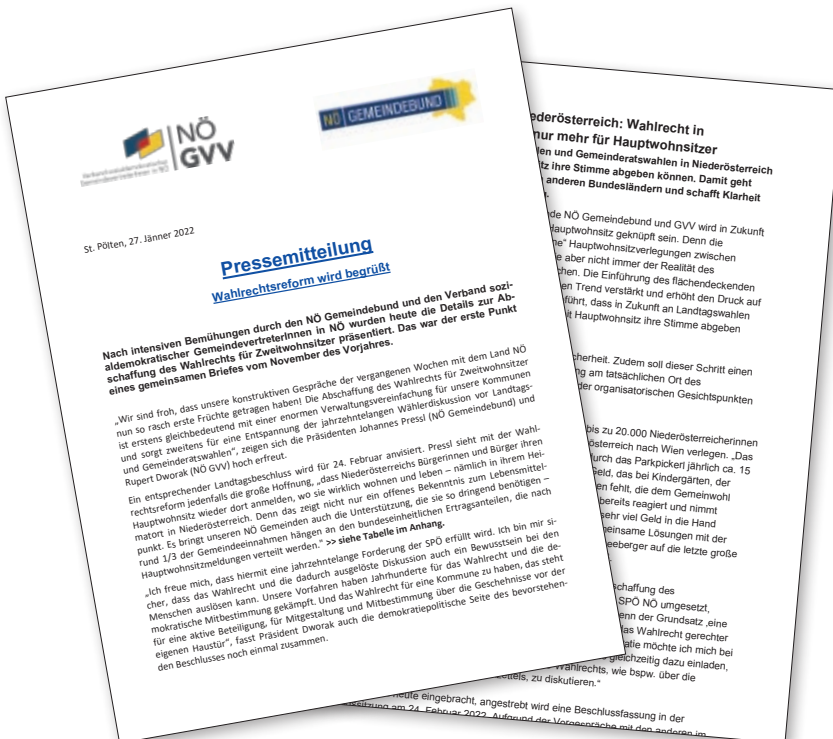


Der NÖ GVV entwickelt auch seine eigene Kommunikation weiter. 2021 wird der monatliche Newsletter „KI kompakt“ gestartet, parallel dazu die Erscheinungsweise und die Gestaltung der Verbandszeitung „KI magazin“ modernisiert.

Am Verbandstag im Herbst wird Präsident Rupert Dworak eindrucksvoll bestätigt. Die neue Ybbser Stadthalle bietet einen würdigen Rahmen für die Veranstaltung, bei der auch notwendig gewordene Satzungsänderungen beschlossen werden.



2022: Die geplanten Änderungen beim nö. Wahlrecht, der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und natürlich wieder die Corona-Pandemie stehen im Mittelpunkt des zweiten virtuellen Neujahrsempfanges im Jänner 2022. Gastgeber Dworak: „Die Zeichen stehen gut, dass unsere Initiative zur Wahlrechtsreform durch geht.“



Im Februar ist es so weit:
Der der größte demokratiepolitische Erfolg der nö. Sozialdemokratie seit 20 Jahren. Mit der Abschaffung des Zweitwohnsitzer-Wahlrechts wird eine langjährige Forderung der SPÖ NÖ umgesetzt, wodurch mehr Demokratie in unserem Bundesland Einzug hält. Denn der Grundsatz ‚eine Person – eine Stimme‘ trägt zu einem großen Teil dazu bei, dass das Wahlrecht gerechter und demokratischer ausgestaltet wird.



Ein politischer Dauerbrenner bleibt auch 2022 das Thema Kinderbetreuung. Die SPÖ NÖ und der NÖ GVV wollen einen Rechtsanspruch auf einen hochwertigen, kostenfreien und ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag. Ein Kraftakt ist, der nur parteiübergreifend bewältigt werden kann. Aber es ist auch klar, dass die Gemeinden nicht auf den Kosten sitzen bleiben dürfen – die Finanzierung und die Kosten des Rechtsanspruchs können nicht von den Kommunen getragen werden. Gerade in kleineren Gemeinden kann das für größere Probleme sorgen – deshalb ist es grundlegend, dass sich Land und Bund zur Finanzierung bekennen.

Der NÖ GVV ist heute – im 75. Jahr seines Bestehens – eine moderne Serviceorganisation für die Gemeinden und politischer Wegbereiter für zukunftssträchtige kommunale Themen.

Service-Zentrale

Das Büro des NÖ GVV

Bewährte Angebote und neue Wege.

Das NÖ GVV-Büro ist Ansprechpartner in Rechtsfragen, liefert organisatorischen und inhaltlichen Support und informiert und kommuniziert auf der Höhe der Zeit.

Die MitarbeiterInnen unterstützen vor und bei Wahlkämpfen und organisieren beste Weiterbildungsangebote zu relevanten Themen. Und sie schaffen es immer wieder, Veranstaltungen auf die Beine zu stellen, von denen Niederösterreichs SPÖ-GemeindevertreterInnen in jeder Hinsicht profitieren.

Im neuen Domizil am Europaplatz – von links nach rechts: Susanne Buschenreiter (Sekretariat, Website, Mitgliederverwaltung), Thomas Holzer (hinten, Chauffeur), Heidi Wenzl (vorn, Sekretariat, Buchhaltung, Kassaverwaltung), Mag^a. Sabine Blecha (hinten, Verbandsjuristin, Rechtsberatung), Sabine Schedelmaier (Haustechnik), Petra Stoisser (Büroleiterin), Karl Zimmerl (Direktor-

Stv., Organisation und Betreuung der KOPAK, Veranstaltungsmanagement, Trainer), Hellfried Mayer (Leiter der Öffentlichkeitsarbeit und Chefredakteur der Verbandszeitschrift „Kommunale Information“), Rupert Dworak (Präsident des NÖ GVV, Landtagsabgeordneter a.D. und Bürgermeister von Ternitz), Mag. Ewald Buschenreiter (Direktor des NÖ GVV, Stadtrat in St. Pölten).



